



**Gesellschaft zur Rechtlichen und  
Humanitären Unterstützung e.V.  
Der Vorstand**

# **Information**

34. Grenzertreffen am 26. Oktober 2019 in  
Bestensee

**Für Mitglieder und Sympathisanten**

Berlin, Dezember 2019

Eröffnung durch Wolfgang Herzig

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, verehrte Gäste,  
im Namen des Vorstandes der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V. und der Arbeitsgruppe ehemaliger Angehöriger der Grenztruppen der DDR begrüße ich Sie recht herzlich zu unserem 34. Grenzertreffen in der „Landkostarena“ in Bestensee. Ich freue mich, dass auch in diesem Jahr wieder viele ehemalige Grenzer unserer Einladung gefolgt sind und heiße Sie alle recht herzlich willkommen.

Allen unseren Freunden und ehemaligen Mitstreitern, die aufgrund ihres Gesundheitszustandes oder ihres hohen Alters nicht an unserem traditionellen Treffen teilnehmen können, übermitteln wir unsere herzlichsten Grüße. Wir wünschen ihnen baldige Genesung und ihren Angehörigen alles Gute.

Unser Dank gilt all den fleißigen Helfern, die trotz ihres fortgeschrittenen Alters tatkräftig bei der Vorbereitung unseres Treffens mitgeholfen haben.

Wir gedenken in diesen Minuten den Freunden und ehemaligen Grenzern, die seit unserem letzten Treffen von uns gegangen sind.

Herzlich begrüßen wir alle unsere Gäste, unter ihnen die Vorsitzenden oder deren Vertreter gesellschaftlicher Organisationen, die die ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen der DDR in ihren Kampf um ihre verfassungsmäßigen Rechte unterstützten und auch weiterhin unterstützen. Dafür sagen wir ihnen ein herzliches danke.

Als unsere Gäste können wir heute die Vertreter begrüßen:

- der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. (ISOR);
- der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM);
- des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. (OKV);
- des Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR e.V.;
- der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP);
- der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
- des Rotfuchs- Fördervereins
- des DDR- Kabinetts Bochum.

Wir freuen uns über die Teilnahme von Gen. Generaloberst a.D. Fritz Streletz und Prof. Dr. Wolfgang Heinke, einer der ersten Grenzer in der Grenzpolizei von 1946 bis 1951.

Auch in diesem Jahr begrüßen wir wieder unsere Freunde und Kampfgefährten aus Tschechien und Polen:

- Dr. Rudolf Pelkan, Klub der Tschechischen Grenzgebiete
- Oberst a. D. Zygmund Sejník

Gestatten Sie mir, noch einige Hinweise zum Ablauf zu geben:

- Zur ordnungsgemäßen Durchführung unseres Grenzertreffens wird ein Arbeitspräsidium vorgeschlagen, bestehend aus den Referenten zum diesjährigen Thema: Gen. Hans Bauer, Gen. Herbert Prauß, Gen. Dieter Skiba sowie Gen. Wolfgang Herzig.
- Im Anschluss an die Eröffnung tritt die Singegruppe des Rotfuchs auf.
- Danach die Referate zu den drei Themen.
- Nach den Referaten, gegen 11.00 Uhr, machen wir eine Pause von 15 Minuten.
- Diskussion, sollten mehr Diskussionsbeiträge vorliegen, bitten wir, diese schriftlich einzureichen.
- Mittagessen ab 13.30 Uhr.

- Nutzen Sie auch die Möglichkeiten aktuelle Bucherscheinungen und Zeitschriften zu erwerben.
- Ende des Treffens ca. 14.30 Uhr
- Auch in diesem Jahr ist vorgesehen, einen Sonderdruck zu veröffentlichen.
- Wie es Tradition ist werden wir wieder eine Spendensammlung durchführen. Damit sind wir in der Lage sowohl einen Teil der doch recht hohen Kosten des Treffens abzudecken und verfügen damit auch über Mittel für die humanitäre Unterstützung von ehemaligen Grenzern.
- Ich bitte auch, die Regeln des Brandschutzes einzuhalten und im Gebäude nicht zu rauchen.
- Die Essenmarken für das Mittagessen bitte am Einlass erwerben.

Ich wünsche unserem diesjährigen Treffen einen erfolgreichen Verlauf und bitte die Singegruppe des Rotfuchs auf die Bühne.

Hans Bauer

## Friedensstaat DDR - Erinnerung und Verpflichtung

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

"Wenn wir brüderlich uns einen, schlagen wir des Volkes Feind.  
Lasst das Licht des Friedens scheinen, dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint."

Diese Worte aus der Nationalhymne der DDR von 1949 waren mit der Geburt der DDR Bekenntnis und Verpflichtung zugleich. Sie waren charakteristisch für das Entstehen der DDR und für ihre gesamte Politik zeit ihrer Existenz; und sie wirken bei den Bürgern unseres untergegangenen Landes bis heute nach.

Frieden - das war für die DDR eine der prägenden Säulen des Staates, so wie auch der Antifaschismus.

Dafür gab es nach dem faschistischen Krieg zwei Fundamente:

Ein *moralisches*:

Hierfür steht besonders der "Schwur von Buchenwald", in dem es heißt:  
"Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel",  
und ein *juristisches*:

Das ergibt sich vor allem aus dem Potsdamer Abkommen.

Zwei Zitate sollen dies belegen:

"... die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung Maßnahmen....., die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann."

und

"Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, .... sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Ziels gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen." Potsdamer Abkommen, Abs. III).

"Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen", "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg", das war für die DDR höchstes Gebot. Eine solche Politik, mit der endgültig die Konsequenzen aus deutscher Geschichte gezogen werden sollten, stand in völliger Übereinstimmung mit der Sowjetunion. Wenige Tage nach der DDR-Gründung richtete J.W. Stalin eine Botschaft an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl. In ihr drückt er die Gewissheit aus, dass das sowjetische und das deutsche Volk unter Anspannung aller Kräfte gemeinsam für den Frieden kämpfen müssen. Und er schließt die Botschaft mit den Worten: „Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische, *friedliebende* Deutschland!“ (s. Mitteilungen GRH/10/19)

Wie die Geschichte beider deutscher Staaten nach 1945 verlief, wissen wir. Schon längst hatte Westdeutschland und dann die BRD auf Geheiß bzw. Duldung der Westalliierten und in eigenem Interesse Buchenwald -schwur und Potsdamer Abkommen ad acta gelegt. 1949 schlossen 12 Staaten den NATO-Vertrag. Der Kalte Krieg mit Antikommunismus prägte die Politik. Adenauer sprach von „Befreiung der Ostgebiete“, rüstete auf und verfolgte und verbot westdeutsche Friedenskräfte. Höhepunkt war das KPD-Verbot 1956. Hunderttausende wurden verfolgt, über 10

000 Kommunisten inhaftiert. Die BRD wurde aufgerüstet und gegen den Osten in Stellung gebracht. Beide deutsche Staaten standen sich nicht nur mit ihren gesellschaftlichen Entwicklungen - BRD als Fortsetzung des Deutschen Reichs als kapitalistischer Staat und sozialistische Entwicklung in der DDR - konträr gegenüber, sie gingen auch völlig unterschiedliche Wege in der Frage Krieg/Frieden.

Wer sich ernsthaft mit der DDR und ihrer Politik über 40 Jahre befasst, wird zu keiner Zeit und in keinem Bereich Gesetze, Maßnahmen, Entscheidungen, Beschlüsse feststellen, die nicht vom Friedenswillen getragen waren. Selbstverständlich fand das in erster Linie in den Verfassungen von 1949 (damals für ganz Deutschland gedacht) und von 1968 seinen Niederschlag. Bildung, Ausbildung und Erziehung, Arbeitsleben und Freizeit der Bürgerinnen und Bürger, Innen- und Außenpolitik waren vom Gedanken des Friedens bestimmt und durchdrungen. Wir erinnern uns noch an das Lied "Kleine weiße Friedenstaube", das unsere Kinder im Kindergarten sangen oder auch an die Losung "Dein Arbeitsplatz - Dein Kampfplatz für den Frieden". Ja, wir lächelten manchmal darüber, heute empfinden wir angesichts neuer Kriege noch deutlicher, wie wichtig der Friede im Großen und im Persönlichen war und auch der eigene Beitrag dafür.

Liebe Freunde, liebe Genossen,

Jeder Schritt der DDR zur Friedenserhaltung und -sicherung stand immer in Übereinstimmung mit der Sowjetunion. Auch als bereits zwei deutsche Staaten entstanden waren, setzten wir gemeinsam die Bemühungen um ein einheitliches **friedliches** Deutschland fort.

Am 10.03.1952 unterbreitete die Sowjetunion den anderen drei Großmächten den Vorschlag, einen **Friedensvertrag** mit Deutschland abzuschließen. Erfolglos. Der Vorschlag auf der Berliner Außenministerkonferenz im Januar 1954, einen gesamteuropäischen Vertrag über kollektive Sicherheit zu unterzeichnen, einschließlich der Auflösung aller Militärbündnisse, fand ebenfalls keine Zustimmung. Der Antrag der SU 1955, Mitglied der NATO zu werden, führte höchstens zur Verblüffung der Westmächte.

Gemeinsam mit den Bruderstaaten war die DDR seit ihrer Gründung an unzähligen Initiativen sozialistischer und nichtpaktgebundener Staaten zur Friedenssicherung und Abrüstung beteiligt. Erinnert sei an die Unterstützung des „Stockholmer Appells“ 1950 für ein Verbot der Atomwaffen und zur Ächtung ihres Einsatzes sowie an den „Rapacki-Plan“ 1957 zur Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

Liebe Freunde,

Natürlich konnte sich eine Politik des Friedens für die DDR, die SU und die anderen sozialistischen Staaten nicht allein in Vorschlägen erschöpfen. Die zunehmend aggressive Politik der Westmächte, einschließlich der BRD, erforderte auch für die DDR eine eigene angemessene Militär- und Verteidigungspolitik. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass eigene Verteidigungsmaßnahmen der DDR immer *Reaktion* auf militärische *Aktionen* des Gegners waren. Nach Verfassungsergänzung und dem Gesetz über die Gründung der NVA wurden die notwendigen militärischen Strukturen ab 1956 aufgebaut. Die ursprüngliche Stärke der NVA wurde nach einer Abrüstungsinitiative der SU auf Beschluss des DDR-Ministerrates von 120 000 auf 90 000 herabgesetzt. Erst nach Einführung der Wehrpflicht in der BRD 1956 folgte im Jahre 1962 die Wehrpflicht in der DDR.

Sechs Jahre nach Gründung der NATO schlossen die sozialistischen Länder Europas am 14.05.1955 einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, den Warschauer Vertrag. Dieser Vertrag stand allen Staaten offen. Die DDR wurde ebenfalls Mitglied. Da war die BRD bereits Mitglied des NATO-Paktes.

Grundlage des Warschauer Vertrages waren Friedenscharakter und Friedenspolitik der sozialistischen Staaten. Die davon abgeleitete Militär- und Verteidigungsdoktrin, beschlossen auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages am 27. Mai 1987, hat Genosse Generaloberst Fritz Streletz in einer Sonderausgabe des Kompass´ jüngst faktenreich und überzeugend dargestellt. Als Hauptziel nennt er die Erhaltung des Friedens und die Verhinderung des Ausbruchs eines Krieges.

Selbstverständlich war dementsprechend auch die Militärdoktrin der DDR - so Genosse Streletz - von zwei Grundforderungen bestimmt:

- die gesamte Militärpolitik und alle militärischen Aktivitäten haben der Erhaltung des Friedens zu dienen,
- von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen.

Und die DDR hat diese Grundforderungen bis zuletzt beherzigt. Die DDR war in der deutschen Geschichte der einzige Staat, der nie einen Krieg geführt hat.

Liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

Vor höchsten Herausforderungen waren die sozialistischen Staaten und hierbei vor allem die DDR gestellt, als 1960/61 die Gefahr eines heißen Krieges drohte. Zweifellos war die offene Grenze zu Westberlin und zur BRD zu einer akuten Gefahr für die DDR geworden. Aber es ging noch um mehr. Es ging um die Entwicklungsbedingungen des Sozialismus in Europa und darüber hinaus. Es ging um Krieg und Frieden. Mit der Sicherung der westlichen Grenze der Warschauer Vertragsstaaten am 13.8.1961 hat die DDR - ich möchte sagen - in ihrer Geschichte den wichtigsten Beitrag zur Verhinderung eines Krieges geleistet. („Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben“, Keßler, Streletz) Dies geschah in Sorge um den Frieden und die Sicherheit in Europa, um die Stabilität der DDR und um eine gesicherte Westgrenze der Warschauer Vertragsstaaten zur NATO. Nicht zufällig steht die Sicherung unserer Staatsgrenze 1961 besonders im Fokus unserer Gegner; wurden ihnen doch mit diesen Maßnahmen die Grenzen ihrer Macht unmissverständlich aufgezeigt. So wie überhaupt mit der Sicherung unserer Grenzen nach der Bundesrepublik und nach Westberlin. Dafür wurden nach 1990, der Konterrevolution, Politiker, Militärs und Grenzer, diffamiert, verfolgt, bestraft. Das war Rache und Fortsetzung der Kommunistenverfolgung der alten BRD. Über 100 000 DDR-Bürger und ihre Freunde aus Westdeutschland waren davon betroffen. Von den insgesamt ca. 1 000 gerichtlich Verurteilten waren es 289 unserer Genossen, die wegen der Schusswaffenanwendung und des Mineneinsatzes mit Todesfolge bzw. Körperverletzung gegen Grenzverletzer bestraft worden sind. Willkürlich, rechtswidrig! 27 DDR-Grenzpolizisten und DDR-Grenzsoldaten kamen beim Schutz der DDR-Staatsgrenzen ums Leben. Ihnen allen gebührt unser Dank für ihren Einsatz zur Erhaltung des Friedens.

Liebe Freunde,

Im September 1973 wurden beide deutsche Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen. Die DDR war der 134. Mitgliedstaat. Das Wort der DDR als gleichberechtigter deutscher Staat war nunmehr auch international in Fragen des Friedens und der Abrüstung hoch geachtet. Auch wenn die BRD nach wie vor auf ihren Alleinvertretungsanspruch bestand.

Die DDR gehörte zu jenen Staaten, die Abrüstungsvorschläge unterstützten, unterbreiteten und auch selbst realisierten. So z.B. wurden 1980 20 000 Sowjetsoldaten und 1 000 Panzer aus der DDR abgezogen.

Aktiv und initiativreich wirkte die DDR an internationalen Konferenzen mit, Hervorgehoben seien hier die KSZE, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, sowie die Wiener Abrüstungskonferenz. Allein die zuletzt genannten Wiener Verhandlungen dauerten 16 Jahre, in

denen zäh um Ergebnisse gerungen wurde. Für die DDR waren es die ersten Abrüstungsverhandlungen, an denen sie als Partner beteiligt war. Wenn auch diese Verhandlungen wie viele andere ergebnislos blieben, es wurde miteinander gesprochen und nicht geschossen. Das entsprach dem Friedenswillen der DDR. So, wie auch der friedliche Verlauf der Ereignisse um 1989/90 Ausdruck einer zutiefst friedlichen und humanistischen Gesellschaft und ihrer Bürger und selbstverständlich auch ihrer Soldaten war.

Liebe Genossen und Freunde,

Auf unserer Veranstaltung zum 70. Jahrestag der DDR sagte Genosse Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP:

"Wie einem etwas fehlt, das merkt man leider oft erst, wenn es weg ist. Ja, auch mit dem Friedensstaat DDR ist es mir so gegangen. Noch waren keine zehn Jahre rum, da war mitten in Europa Krieg. "

Richtig, und Deutschland mitten drin.

Und Egon Krenz in seiner Rede am 12. 10. in Berlin:

"Undenkbar auch, dass ein Oberst der Nationalen Volksarmee wie jener der Bundeswehr in Afghanistan einen Befehl hätte geben können, in dessen Folge allein in einer Nacht mehr als 150 Zivilisten getötet wurden und der dennoch zum General der Bundeswehr befördert wurde."

Ja, liebe Genossinnen und Genossen. Den Friedensstaat DDR haben wir verloren. Wieder rollen Panzer gen Russland. Bedrohungen, Sanktionen, Hetze gehen von deutschen Politikern und Medien gegen jenes Land, das die meisten Opfer zu beklagen und den größten Anteil an der Befreiung vom Faschismus hatte. Wie geschichtsvergessen muss man sein, wenn zur Gedenkfeier der Republik Polen zum 80. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges am 1. September 2019 Herr Steinmeier, der Bundespräsident, in seiner Rede erklärte:

" Wir alle blicken an diesem Jahrestag mit Dankbarkeit auf Amerika. Die Macht seiner Armeen hat - gemeinsam mit den Verbündeten im Westen und im Osten - den Nationalsozialismus niedergedrückt."

Nein, das ist nicht Vergessenheit, das ist Geschichtsfälschung, war es doch in erster Linie die Rote Armee, die die faschistischen Armeen niederrang. Und noch etwas: Friedliche Beziehungen zwischen Polen und Deutschland bedurften nicht erst pathetischer Worte von Steinmeier und anderen westdeutschen Politikern, wie von Brandt mit dem sogenannten Kniefall von Warschau 1970. Mit dem Görlitzer Abkommen vom Juli 1950 zwischen der DDR und der VR Polen wurde die Oder-Neiße-Grenze als endgültige deutsch-polnische Grenze bestätigt und anerkannt. Jeder Schüler in der DDR wusste, das war die Oder-Neiße-Friedensgrenze. Bis 1970 stellte die BRD noch Ansprüche auf die Ostgebiete des Deutschen Reiches.

Heute dienen der NATO die Republik Polen und die baltischen Staaten als Aufmarschgebiet gegen die Russische Föderation. Eine Großübung an russischen Grenzen ist für 2020 vorgesehen. Das ist ein Spiel mit dem Feuer. Es gefährdet den Weltfrieden. Deshalb fordern wir immer wieder: Frieden und Freundschaft mit Russland!

All das wäre unmöglich gewesen mit einem Friedensstaat DDR. Erinnern wir uns seiner. Und betrachten wir diese Erfahrung als Verpflichtung.

40 Jahre DDR haben nicht nur tiefe Spuren hinterlassen, sondern vermitteln auch künftigen Generationen Lehren für den Kampf um eine andere, eine friedliche Welt.

Dieter Skiba, Oberstleutnant a. D.

Liebe Genossinnen und Genossen, Freunde und Kampfgefährten!

*„Denk ich an Deutschland in der Nacht,  
Dann bin ich um den Schlaf gebracht...“*

schrieb Heinrich Heine vor 175 Jahren in seinen „Nachtgedanken“ und diese Worte haben bis heute nichts an Aktualität verloren.

Als einer, der sich als überzeugter Antifaschist und Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR 32 Jahre lang professionell mit der völkerrechtlich gebotenen Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen und der Strafverfolgung daran beteiligter Täter befasst hat, geht es mir wie einst Heinrich Heine – allerdings treibt es mich schon tagsüber um.

Und ganz bei ihm bin ich bei den Gedanken an seinen Freund Heinrich Laube in Leipzig:

*„Wir müssen unsere politischen Sympathien und sozialen Antipathien nirgends verhehlen, wir müssen das Schlechte beim rechten Namen nennen und das Gute ohne Weltrücksicht verteidigen...“*

Denn in der Auseinandersetzung mit dem, was im heutigen „wiedervereinigten“, kapitalistischen Deutschland in der offiziellen Gedenk- und Erinnerungspolitik derzeit an „Jubelfeiern“ zu geschichtsträchtigen Ereignissen, an Sichtweisen auf historische Zusammenhänge und Folgen fabriziert und angeboten wird, ist Widerspruch zwingend geboten!

Während die einen ihren „historischen Sieg“ über die DDR als Triumph über den Kommunismus zelebrieren und jegliche positiven Erinnerungen an eine Alternative zum kapitalistischen Herrschaftssystem zu tilgen versuchen, halten wir die Erinnerung wach an das, wofür wir und Generationen vor uns mit Herz und Verstand, z.T. unter Einsatz ihres Lebens, gekämpft und gestritten haben.

*„Die Erinnerung ist das einzige Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können“* schieb einst der große indische Dichter Rabindranath Tagore denen ins Stammbuch, die sich als Kolonialherren über andere Völker hergemacht hatten.

Diejenigen, die sich derzeit als „Sieger der Geschichte“ aufspielen, möchten aber selbst noch jegliche positiven Erinnerungen an unsere Vergangenheit tilgen, nachdem sie wie einst die Kolonialherren über uns hergefallen sind, Existenzen vernichteten und so manchen um Lohn und Brot, um soziale Sicherheit und Reputation gebracht haben.

Und auch deshalb kann ein Blick zurück auf die Geschichte von Krieg und Faschismus, auf die beiden deutschen Nachkriegsstaaten und deren Umgang mit dem Erbe des Faschismus sowie ihrer entgegengesetzten Haltung zu den Nazi- und Kriegsverbrechen durchaus von Nutzen sein.

Die DDR nahm für sich nicht zu Unrecht in Anspruch, den fortschrittlicheren Teil Deutschlands zu repräsentieren und die richtigen Lehren aus Faschismus und Krieg gezogen zu haben. Friedenspolitik und Antifaschismus waren hier Staatsdoktrin.

*»Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus!«*

*„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“*

Dieser Schwur von Buchenwald ist aktueller denn je! In der DDR galt er als Richtschnur des Handelns.



In den 40 Jahren ihrer Existenz war die DDR stets eine stabile Barriere gegen die vom Westen ausgehende antikommunistische Feindseligkeit, gegen Aggressionsgelüste und Friedensbedrohung.

Dem gegenüber war die andere Seite von Anfang an darauf aus, Revanche für die Niederlage des faschistischen „Großdeutschlands“ von 1945 zu nehmen und den faschistischen Vernichtungskampf gegen den Kommunismus unter anderen Vorzeichen und mit neuen Verbündeten fortzusetzen.

Wie sich gezeigt hat, ist die BRD wenige Jahre nach der Beseitigung der DDR und ihrer Grenze zum Westen wieder an vorderster Front mit dabei, wenn es darum geht, neue Kriege gegen andere Völker anzuzetteln und zu führen. Nationalismus und Rechtspopulismus, „völkisches“ Denken und Brutalisierung der Gesellschaft sind in „Deutschland“ und anderswo auf dem Vormarsch; ebenso wie antikommunistische Hetze, Naziverherrlichung und politische Ausgrenzung von Andersdenkenden und Andersartigen.

Naziverherrlichung und Rechtsextremismus sollten als Lehre aus der Geschichte zu politischen und strafrechtlichen Konsequenzen führen. Politik und Medien aber haben im Westen jahrzehnte lang billigend in Kauf genommen, dass immer wieder neue Bedingungen geschaffen oder geduldet wurden für ein Fortbestehen alter Feindbilder aus der Zeit des Faschismus und seiner Vorgeschichte.

„*Nieder mit den Kommunisten, schlägt ihre Führer tot*“ war 1919 die konterrevolutionäre „Losung des Tages“, Meuchelmord an Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und vielen weiteren Revolutionären die Folge. Und diese vor 100 Jahren gelegte Blutspur zieht sich über den Faschismus bis ins jetzt und heute hin, wie jüngst bei den faschistisch motivierten Attentaten von Kassel und Halle.

### **Zum Gedenken an den 80. Jahrestag des Überfalls auf Polen, den Beginn des II. Weltkrieges und den damit einhergehenden Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit.**

Als die deutschen Faschisten am 1.9.1939 heimtückisch über ihr Nachbarland Polen herfielen und ein gnadenlos- grausames Okkupationsregime errichteten, hatten sie zuvor schon zwei souveräne Nachbarstaaten annektiert und als neue Reichsgaue „heim ins Reich“ geholt. Österreich wurde zur „Ostmark“, ein Teil der CSR zum neuen „Reichsgau Sudetenland“ und die restlichen Teile „Protektorat Böhmen und Mähren“.

In Polen wüteten die deutschen Faschisten als Aggressoren und Okkupanten während des Zweiten Weltkrieges besonders grausam. Fast sechs Millionen Menschen wurden ermordet. Übertroffen wurden diese Verbrechen nur noch im „Vernichtungskampf“ gegen den „Bolschewismus“ in der Sowjetunion.

An den Kriegszielen hatte Adolf Hitler keinen Zweifel gelassen. Es gehe nicht mehr „*um das Erreichen einer bestimmten Linie oder neuen Grenze*“. Es gehe um „*die Vernichtung des Feindes*“, sagte er am 22. August 1939 auf dem Obersalzberg zu Generälen und Kommandeuren der Wehrmacht.

Großmachtsansprüche und Streben nach Vormachtstellung in Europa gehörten ebenso dazu wie gnadenloser Kampf zur Vernichtung des „Bolschewismus“, den Hitler mit „Stumpf und Stiel“ ausrotten wollte.

Eigens für den Einsatz hinter der „kämpfenden Truppe“ wurden an der Grenzpolizeischule in Pretzsch fünf Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD mit Einsatzkommandos bereits vor Kriegsbeginn zusammengestellt und auf ihre Aufgabe „Gegner-Vernichtung“ vorbereitet.

Im Hinblick auf die Massenverbrechen an polnischen Zivilisten und Juden möchte ich darauf verweisen, dass wir (Reiner Stenzel und ich) in unserem Buch „Im Namen des Volkes“ (edition

ost) unter den dort aufgelisteten insgesamt 960 ostdeutschen Verfahren wegen faschistischer Tötungsverbrechen 125 Strafverfahren ausgewiesen haben, bei denen die Tatorte in Polen lagen und 186 Verfahren, in denen polnische Bürger Opfer der Naziverbrecher wurden.

Diese Strafsachen betrafen u.a.

- \*Verbrechen in Konzentrationslagern und Ghettos (davon allein 11 Verfahren zu Auschwitz )
- \* Massenmorde durch Angehörige von Einsatzgruppen und Dienststellen der Gestapo, der Grenzpolizei und des SD
- \*Verbrechen durch Selbstschutz-Angehörige bei Kriegsbeginn
- \* Justizverbrechen
- \* Euthanasieverbrechen

Zu den wohl auch international bekanntesten Strafverfahren der DDR gegen Nazi- und Kriegsverbrecher mit Tatorten in Polen gehören die Prozesse gegen den SS-Arzt im KZ Auschwitz, Dr. Fischer und den Gestapo-Mann Josef Blösche .

Fischer hatte sich als Lagerarzt im KZ Auschwitz u.a. wegen Tatbeteiligung an der Tötung Zehntausender Häftlinge, Selektionen auf der Rampe, im Häftlingskrankenbau, auf dem Appellplatz, in den Unterkünften sowie bei den Arbeitskommandos zu verantworten. Er ist am 25.3.1966 vom Obersten Gericht der DDR zum Tode verurteilt worden.

Blösche wurde 1969 in Erfurt zum Tode verurteilt weil er u.a. an Einzel- und Massentötungen von Juden vor und während der Liquidierung des Warschauer Ghettos tatbeteiligt war. Während des Ermittlungsverfahrens befand er sich in der Untersuchungshaftanstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen. Untersuchungsführer war Reiner Stenzel.

### **Zur Strafverfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen**

Mit dem Sieg der Alliierten im Mai 1945 über das faschistische „Großdeutschland“ stand die Strafverfolgung der Naziverbrecher international und auch für Deutschland als Ganzes auf der Tagesordnung.

Wie die beiden deutschen Nachkriegsstaaten ihren diesbezüglichen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkamen, war und ist ein bis heute andauernder Streitpunkt.

Am Ende der DDR betrug die Gesamtzahl der von ostdeutschen bzw. DDR-Gerichten verurteilten Nazi-Verbrecher insgesamt 12.890 Personen. Zum Vergleich: In der BRD waren es bis Ende 2018 mit 6.529 Angeklagten nur etwas mehr als die Hälfte derer im Osten. Eine regierungsamtliche Statistik für den Westen fehlt bis heute. Bis Mitte 1980 waren nach im „Tagesspiegel“ veröffentlichten Angaben in der BRD einschließlich Westberlin 6.446 Personen wegen so genannter „NS-Verbrechen“ rechtskräftig verurteilt. Bis Ende 1989 kamen insgesamt 45 Verfahren mit 62 Angeklagten hinzu, die 23 x mit Freisprüchen endeten oder wegen Tod der Angeklagten eingestellt wurden.

Seit 1990 sind weitere insgesamt 20 Verfahren mit 21 Angeklagten hinzu gekommen. 8 x wurden die Verfahren eingestellt, 4 x ergingen Freisprüche, 4 x wurde eine lebenslange Haftstrafe ausgesprochen und 5x zeitliche Strafen zwischen 1, 8 und 10 Jahren.

Durch ostdeutsche Gerichte ( SBZ und DDR ) waren 5 Jahre nach Kriegsende mit dem Stand vom 31.12.1950 bereits 12.147 Strafverfahren gegen von deutschen Strafverfolgungsorganen ergriffene Nazi-Verbrecher abgeschlossen. Das sind ca. 94 % aller ostdeutschen Urteile aus den Jahren von 1945 bis 1989/90.

Seit sich die BRD-Justiz nach 1990 bei ihrer Produktion von „Opfern des Kommunismus“ und „Opfern der DDR-Justiz“ daran gemacht hat, auch Urteile gegen hier zur Rechenschaft gezogene

Nazi- und Kriegsverbrecher in sogenannten Rehabilitierungsverfahren für „rechtsstaatswidrig“ und die „Waldheim-Urteile“ von 1950 generell für nichtig zu erklären, zählen auch eine ganze Reihe von Nazitätern zu den „unschuldig Verurteilten“.

Soweit bekannt, sind seit 1990 bei den 839 in unserem Buch aufgelisteten Verfahren (ohne „Waldheim“) 105 Anträge auf Rehabilitierung gestellt worden.

Davon wurden 40 als unbegründet zurück gewiesen, 33 sind hinsichtlich der nach damals rechtsverbindlichen alliierten Bestimmungen ( KG 10 und KD 38) erfolgten Vermögenseinziehung für „rechtsstaatswidrig“ erklärt worden. In 9 Fällen wurde das Strafmaß – zumeist um 50 % - reduziert, 2 mal wurde an Stelle der Verurteilung eine nachträgliche Verfahrenseinstellung verfügt und in 3 Fällen auf Freispruch erkannt.

Bei 13 Verurteilten wurde die Verurteilung wegen „Rechtsstaatswidrigkeit“ des Verfahrens gänzlich aufgehoben. In 3 Fällen wurde zwar die Verurteilung als „teilweise rechtsstaatswidrig“ erklärt, das vormals ausgesprochene Strafmaß aber nicht geändert.

### **Zu 70 Jahre Grundgesetz und BRD**

Vor 70 Jahren, als mit der Annahme des Grundgesetzes im Westen die BRD gegründet wurde, ging es den damit wieder zu staatlicher Macht gelangten Kräften u.a. auch darum, ehemalige Nazis als Wählerpotential zu gewinnen sowie Wissen, Können und Erfahrungen von Hitlers willigen Gefolgsleuten für den „Kampf gegen den Kommunismus“ zu sichern.

Der westdeutsche Separatstaat war von Anfang an zumindest in der Tendenz „rechtslastig“ und hatte braune Wurzeln.

Vor 70 Jahren wurde es den restaurativen Kräften ermöglicht, die Negierung der völkerrechtlichen Festlegungen zur Gestaltung der Nachkriegsordnung in Deutschland zur offiziellen Staatspolitik zu erheben.

Der Ruf nach Veränderung der im Ergebnis des II. Weltkrieges entstandenen Machtverhältnisse und neuer Staatsgrenzen, Forderungen nach Schaffung neuer deutscher Streitkräfte unter Wiederverwendung faschistischer Militärs mit „Osterfahrung“ wurden immer lauter.

In seiner ersten Regierungserklärung vom 20.9.1949 hatte Konrad Adenauer bereits zum Ausdruck gebracht, dass sich die westdeutsche Regierung „unter keinen Umständen“ mit der in Jalta und Potsdam festgelegten „Oder-Neiße-Grenze und der Abtretung der ehemaligen deutschen Ostgebiete abfinden“ könne und alles daran setzen werde, ihre „Ansprüche auf diese Gebiete weiter zu verfolgen“.

Rehabilitierung und Nichtverfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern, Renazifizierung und Remilitarisierung waren das politisch gewollte Ergebnis.

Um Altnazis bis hin zu Nazi- und Kriegsverbrechern weiter bzw. wieder verwenden zu können, wurde im Westen von Anfang an deren Rehabilitierung betrieben.

So wurden selbst schwerst belastete Nazi-Eliten in formalen und oberflächlichen Entnazifizierungsverfahren als „Minderbelastete“ oder „Mitläufer“ eingestuft.

Mit der Abschaffung der Todesstrafe gem. Artikel 102 des GG wurde zunächst das Überleben derjenigen Nazi-Verbrecher gesichert, die wegen ihrer Verbrechen (Massenmorde) nach geltendem Völkerrecht (IMT- Statut fürs Nürnberger Tribunal, KG 10 und KD 38 des Alliierten Kontrollrats etc.) auch in der BRD zu bestrafen gewesen wären.

Mit Artikel 131 des GG und dem dazu am 11.5.1951 vom Bundestag verabschiedeten „131er Gesetz“ wurde selbst schwerst belasteten Nazis eine legale Rückkehr in verantwortliche Stellungen im BRD-Staatswesen, an die Schalthebel der Macht, ermöglicht. Dafür stehen Namen wie Globke, Lübke, Oberländer, Kiesinger, Filbinger und unzählige andere. Einige davon sind im „Braunbuch“ als „Ross und Reiter“ benannt.

Das 131er- Gesetz bestimmte nicht nur, dass Hitlers willige Helfer Ansprüche geltend machen konnten, sondern verpflichtete mit § 11 auch Bund, Länder, Gemeinden und sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen öffentlichen Rechts im Bundesgebiet zu deren Unterbringung. Als Folge konnten selbst hohe und belastete Nazibeamte, Führer der Waffen- SS und Angehörige der Gestapo wieder im öffentlichen Dienst der BRD beschäftigt werden.

Bis zum 31.3.1956 betrug die Zahl der nach dem 131er-Gesetz wieder Eingestellten bereits 181.202 Nazis. Ohne die bereits schon vorher Wiederverwendeten.

Im Zentralen Regierungs-Apparat betrug der Besoldungsaufwand 32,1 % und an den Planstellen 24,3 %.

Diese politisch gewollte, offiziell ermöglichte und geförderte Wiederverwendung von Nazis bis hin zu Kriegsverbrechern und faschistischen Massenmördern ist nicht nur aus meiner Sicht eine der Hauptursachen für Renazifizierung und seit Anfang der 60er Jahre immer offener sichtbar werdenden Neonazismus in der alten BRD.

Die Rehabilitierung und Wiederverwendung faschistischer Kriegsverbrecher stellte zugleich auch eine ernste Gefahr für den Frieden in Europa dar.

Andererseits dienten seit 1949 in der Bundesrepublik Repressionen und Berufsverbote dazu, Antifaschisten, die seit 1945 da und dort in den öffentlichen Dienst gelangt waren, zu verdrängen, während ehemalige Nazis wieder zu ihren Ämtern und Würden kamen und den Kalten Krieg zu führen halfen. Im sogenannten Adenauer-Erlass von 1950 wurden 13 Organisationen – elf linke und zwei faschistische – aufgezählt, deren Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen oder von diesem von vornherein fernzuhalten waren.

Wie in anderen öffentlichen und geheimen Diensten der BRD kamen auch bei den westdeutschen Grenzpolizeibehörden eine ganze Reihe altgedienter Nazis, darunter nicht wenige SS- und Gestapoleute nach Kriegsende und nach dem 131er-Gesetz unter.

Für Grenzer dürfte auch die personelle Zusammensetzung des am 16.3.1951 gebildeten Bundesgrenzschutzes interessant sein. Beweist doch auch sie wie die Wiederverwendung von Altnazis nach dem 131er-Gesetz umgesetzt wurde. So waren 1951 alle Offiziers- und fast alle Zugführerstellen mit „militärisch erfahrenen Kadern“ besetzt. 62 % der Offiziere kamen aus der faschistischen Wehrmacht, 31 % waren bereits in der Weimarer Zeit und danach bei den Nazis Wehrmachts- bzw. Polizeiangehörige, 7 % waren im II. Weltkrieg vorwiegend in faschistischen Polizeitruppen eingesetzt und 44 Offiziere hatten der Waffen-SS angehört. Von den Zugführern des BGS waren 96 % in der faschistischen Wehrmacht, 2% kamen aus der Polizei und etwa 15 % waren vormals bei der faschistischen Fallschirmtruppe. Später stellte der BGS einen beträchtlichen Teil der Kader für die Bundeswehr.

Antikommunismus und „Kreuzzugsmentalität“ sollte auch dort den „Geist der Truppe“ prägen. So meinte z.B. der ehemalige Wehrmachtspfarrer und spätere evangelische Grenzschutz-Dekan Fritz-Georg Ulbrich: *„Wir wollen als Grenzschutzseelsorge einen Beitrag zur Entscheidung leisten, ob Menschen dieser Welt von der roten Fahne der Anarchie, von Hammer und Sichel des Kommunismus oder vom Kreuz Christi begeistert werden wollen“.*

### **Zu den Nazi-Juristen, ihren geistigen Erben und Nachfolgern im Amt**

Zu den Nazi-Eliten und faschistischen Verbrechern, die stets im Blickfeld der DDR und speziell auch des MfS standen, zählten u.a. die faschistischen Blutrichter, die in der BRD unbehelligt weiter „Recht“ sprechen durften und als Lehrmeister für nachfolgende Juristen-Generationen fungierten. Eine Vielzahl von ihnen ist im „DDR-Braunbuch“ über Nazi- und Kriegsverbrecher in der BRD und Westberlin aus dem Jahre 1964 aufgelistet. Nicht wenige von ihnen haben als alte Nazi-Seilschaft dafür gesorgt, dass Nazi- und Kriegsverbrecher als ihre „alten Kameraden“ und ihresgleichen im Westen möglichst straffrei oder mit Bagatelle -Strafen davon kamen.

Wie das geistige Erbe der in der alten BRD wieder zu Amt und Würden gekommenen Nazijuristen beim „Aufbau“ einer anderen „Rechtskultur“ in den „neuen Bundesländern“ fortwirkte, hat sich mit aller Deutlichkeit bei der nach 1989/90 einsetzenden Strafverfolgung von „Staatsnahen“ aus der DDR mit umgekehrten Vorzeichen gezeigt und auch bei der Rehabilitierung von in der DDR verurteilten Straftätern als „Opfer kommunistischer Willkür“.

Nunmehr sollte unbedingt abgestraft und als „Täter in einem Unrechtsstaat“ denunziert werden, wer in der DDR Verantwortung trug und zu den „Staatsnahen“ zählte. Da gab es für die aus dem Westen gekommenen „Rechtspfleger“ hinsichtlich der Verfolgung von „Ossis“ politisch gewollt keinerlei juristische Hemmschwelle mehr.

Auf zwei Vertreter dieser „Aufbauhelfer“ für den Osten aus dem Westen will ich explizit hinweisen, weil wir sie schon zu DDR-Zeiten „auf dem Schirm“ hatten. Das sind die Staatsanwälte Bernhard Jahntz aus Westberlin und Dr. Helmut Münzberg aus Hamburg.

Oberstaatsanwalt Jahntz, seit 1979 Staatsanwalt in Westberlin, kam zusammen mit anderen „Brüdern im Geiste“ nach der sogenannten „Wiedervereinigung“ zur "Zentralen Ermittlungsgruppe für Regierungs- und Vereinigungskriminalität“ (ZERV) und fungierte dort als Anklagevertreter gegen „DDR-Staatsnahe“, u.a. gegen Egon Krenz.

In Westberlin war er u.a. mit Verfahren gegen Richter und Staatsanwälte des faschistischen Volksgerichtshofes befasst, in deren Ergebnis es zu keiner einzigen Verurteilung dieser Nazi-Blutjuristen kam. Für die Einstellung der Verfahren dienten mehr als fadenscheinige Begründungen zu Gunsten der Nazi-Juristen. U.a. die, dass sie ja nicht selbst gemordet und demzufolge lediglich „Beihilfe“ geleistet hätten und diese sei ja verjährt.

Vom VGH wurden mindestens 5.243 Todesurteile gegen Antifaschisten und Gegner des Nazi-Regimes gefällt und die meisten davon vollstreckt. Nicht einer der daran beteiligten, in den 1980er Jahren noch im Westen lebenden 108 Blutrichter, Staatsanwälte und Henker wurde in der BRD/Westberlin rechtskräftig verurteilt.

Ganz anders verhielt es sich dann bei der eigens zur Strafverfolgung von sogenannter Regierungskriminalität eingerichteten Sonderstaatsanwaltschaft, wo Jahntz als Vertreter der Anklage in den wichtigsten Strafverfahren gegen Hoheitsträger der DDR agierte.

Übrigens wurde parallel zum damaligen westberliner Verfahren der ehemalige Ermittlungsrichter beim Oberreichsanwalt am VGH, Erich Max Geißler, vom MfS in der DDR aufgespürt und am 5.4.1982 in Berlin zu 15 Jahren Haft verurteilt. Ihm konnte u.a. zweifelsfrei nachgewiesen werden, dass er als Untersuchungsrichter oder Anklagevertreter an zahlreichen Verfahren vor dem VGH in „Hochverratsachen“ beteiligt war, die in 26 Fällen mit einem Todesurteil endeten. Außerdem fungierte er als Vollstreckungsleiter mehrerer Todesurteile.

Als Zweiten im Bunde derjenigen, die Naziverbrecher ungeschoren davon kommen ließen und nach 1990 mit umgekehrten Vorzeichen gegen „Staatsnahe“ - auch Grenzer - im Osten agierten, will ich auf die erstaunliche Karriere von Dr. Helmut Münzberg hinweisen, der aus Hamburg importiert nach 1990 zum stellvertretenden Generalstaatsanwalt von Mecklenburg-Vorpommern avancierte.

Münzberg hatte als Oberstaatsanwalt am 30. Juni 1967 in Hamburg ein Ermittlungsverfahren gegen den SS-Obersturmführer Arnold Strippel eingestellt, der 1945 den Kindermord am Bullenhusener Damm in Hamburg kommandierte.

Zusammen mit 20 Kindern, die im KZ Neuengamme für verbrecherische Medizinversuche benutzt worden waren, ließ Strippel am 20. April 1945 auch 28 Kriegsgefangene exekutieren.

Münzberg hatte das Ermittlungsverfahren gegen Strippel u.a. mit der Begründung eingestellt, dass die Ermordung der Kriegsgefangenen *"weder heimtückisch noch grausam"* gewesen sei, denn *"all diese Häftlinge mußten stündlich damit rechnen, von der SS liquidiert zu werden"*. Damit sei die Tat nicht Mord, sondern seit 1960 verjährter Totschlag gewesen. Kein Mord an den Kriegsgefangenen und auch kein Mord an den Kindern!

Es sei zwar „heimtückisch“ gewesen und die Kinder "auf viehische Weise" umgebracht worden, aber es fehle das Mordmerkmal der Grausamkeit. Denn, so Münzberg: *"Die Ermittlungen haben nicht mit der erforderlichen Sicherheit ergeben, dass sich die Kinder über Gebühr lange quälen mußten, bevor sie starben ... Ihnen ist also über die Vernichtung ihres Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt worden, sie hatten insbesondere nicht besonders lange seelisch oder körperlich zu leiden."*

Dazu erübrigt sich wohl jeder weitere Kommentar!

Anmerken will ich dazu, dass der SS- Arzt Dr. Kurt Heißmeyer, der die verbrecherischen medizinischen Experimente im KZ Neuengamme an mindestens 52 Häftlingen und an den betreffenden 20 Kindern durchführte und dazu im November 1944 die Kinder aus dem KZ Auschwitz „anliefern“ ließ, in der DDR vom MfS aufgespürt und am 30.6.1966 vom Bezirksgericht Magdeburg zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde.

### **Zu den Liquidatoren der DDR**

Unter denen, die sich nach 1989/90 wie Kolonialherren über die DDR hermachten und als ausgewiesene Antikommunisten bei der Liquidierung von Betrieben und Einrichtungen, Behörden und Institutionen etc. aktiv beteiligt waren und sich auch in Sachen „Tilgung jeglicher positiver Erinnerungen an die DDR“ besonders hervorgetan haben, gehörten auch solche, die sich schon als „Hitlers willige Helfer und Vollstrecker“ Meriten verdienten.

Dazu zähle ich z.B. den ehemaligen SS-Sturmbannführer Wilhelm Krelle. Dieser war u.a. 1944/45 als 1. Generalstabsoffizier der 17. SS- Division an der „Westfront“ im Einsatz. Dort wurden von Angehörigen dieser SS- Truppe vor allem in der sogenannten „Endphase“ des Krieges zahlreiche Kriegsverbrechen/Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Als honorierter Professor aus dem Westen wurde er eigens für die „Evaluierung“ an der Berliner Humboldt - Universität rekrutiert, wo er dafür gesorgt hat, dass Professoren und Lehrkräfte, wissenschaftliche Mitarbeiter und weiteres Personal als für den „Rechtsstaat“ ungeeignet befunden und um „Amt und Würde“ gebracht wurden. Er wollte außerdem dafür sorgen, dass kein Marxist je wieder einen Fuß in diese Universität setzen sollte.

Wie viele solcher Leute es insgesamt waren, die schon bei den Nazis eifrig gedient haben und an der „Abwicklung“ der DDR aktiv beteiligt waren, ist bisher nicht bekannt. Aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit war der SS - Offizier Krelle nicht der Einzige.

Als „Alteigentümer“ machten nicht wenige Altnazis und Naziverbrecher sowie deren Erben „Rechtsansprüche“ geltend, nach dem Bodenreform und Enteignungen von Kriegsgewinnlern und Nutznießern des Faschismus als „rechtsstaatswidrig“ abqualifiziert wurden und sich „Rückgabe vor Entschädigung“ durchsetzte. Schlösser und Burgen, Ländereien, Wälder und Gewässer, Betriebe und Immobilien gelangten so größtenteils an die aus dem Westen, die sie schon vor 1945 in Besitz hatten oder genügend Geld aufbrachten, um sie sich „für`n Appel und ein Ei“ „unter den Nagel zu reißen“.

Als ein durchaus signifikantes Beispiel dafür verweise ich auf den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Dr. Johannes Thümmler, der 1996 „Besitzansprüche“ auf „Alteigentum“ geltend machte.

Er forderte von der Stadt Chemnitz die Rückgabe von Kunstwerken, darunter auch solche aus vormals jüdischem Besitz, die er sich als „Beutegut“ angeeignet hatte und die nach Kriegsende in die städtischen Museen gelangt waren. Thümmler war u.a. Chef der Gestapo in Chemnitz, führte 1943 das Einsatzkommando 16 der Einsatzgruppe E in Kroatien und wurde im September 1943 zum Leiter der Gestapo sowie zum Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Kattowitz ernannt. In dieser Funktion war er zugleich auch Leiter des SS- und Polizeigerichts für Oberschlesien mit den Regierungsbezirken Kattowitz und Oppeln, das u.a. als Standgericht im Block 11 des KZ Auschwitz tagte.

Thümmler sagte am 2. November 1964 als Zeuge im Frankfurter Auschwitzprozess zu den Standgerichtsverfahren in Auschwitz aus. Er gab an, „einige hundert“ Todesurteile seien unter seiner Führung vom Standgericht ausgesprochen worden.

In der BRD angestrebte Ermittlungsverfahren gegen Thümmler wegen Tatbeteiligung an Nazi-Verbrechen führten nicht zu einer Verurteilung: 1970 lehnte das Landgericht Ellwangen die Eröffnung eines Hauptverfahrens ab, weil Rechtsbeugung bei den Standgerichtsverfahren in Auschwitz nicht vorläge. Die Angeklagten (hauptsächlich Polen) hätten schließlich Geständnisse unterschrieben. Ein weiteres in Stuttgart anhängig gewordenes Verfahren wegen Mordes wurde 1999 vom späteren Leiter der „Zentralen Stelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen“ in Ludwigsburg, Oberstaatsanwalt Kurt Schrimm, wegen Mangel an Beweisen eingestellt. Thümmler habe glaubhaft machen können, dass ihm das Endziel der Judendeportation aus Chemnitz nach Auschwitz zur Tatzeit nicht bekannt gewesen sei.

Geistige und auch leibliche Erben von alten Naziaktivisten gab es durchaus auch unter den hilfswilligen Akteuren aus dem Osten, die sich 1989/90 und in der Folgezeit eifrig an der Liquidierung der DDR beteiligten.

Auf zwei von ihnen - Reiner Eppelmann und Joachim Gauck - will ich explizit hinweisen.

Reiner Eppelmann war nach dem 18. März 1990 als Minister zuständig für die ersatzlose Abschaffung der NVA und damit auch für die Auflösung der DDR-Grenztruppen. Sein Vater diente unter Hitler als SS-Unterscharführer in den KZ Sachsenhausen und Buchenwald. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass sein Sohn zu einem bekennenden Antikommunisten wurde und folgerichtig seit 1990 bei der CDU ist. Er fungierte u.a. 1992 - 98 als Vorsitzender der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" und ist seit 1998 Vorstandsvorsitzender der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“.

Mit der „Aufarbeitung“ der Nazidiktatur und deren Folgen ist er allerdings nicht befasst.

Joachim Gauck, der vom 18. März 2012 bis zum 18. März 2017 als elfter Bundespräsident der BRD fungierte, wurde nach eigenem Bekenntnis ebenfalls im Elternhaus zum Antikommunisten erzogen. Beide Eltern waren als Mitglieder der Naziartei (die Mutter bereits seit 1932, der Vater

seit 1934) Hitlers treue Gefolgsleute. Der Vater war Offizier der faschistischen Kriegsmarine und wurde nach 1945 unter der Beschuldigung, in der Rostocker Neptun - Werft für einen westlichen Geheimdienst spioniert zu haben, von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Sein Sohn Joachim Gauck wurde am 21. Juni 1990 zum Vorsitzenden des „Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des ehemaligen MfS/ AfNS“ gewählt und nach dem 3.10.1990 „Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen“. Vom Oktober 1990 bis zum Oktober 2000 stand Gauck an der Spitze der nach ihm benannten „Gauck-Behörde“ und engagierte sich eifrig als „Stasi-Jäger“. Er war einer der Initiatoren der „Prager Erklärung zum Gewissen Europas und zum Kommunismus“, in der u.a. die Verurteilung von „kommunistischen Verbrechen“ und die Ausrufung des 23. August als Gedenktag für die „Opfer des Stalinismus“ gefordert wurde.

Gauck gehört auch zu den Unterzeichnern der „Erklärung über die Verbrechen des Kommunismus“ vom 25. Februar 2010, mit der u.a. mehr Unterricht über „kommunistische Verbrechen“, Strafverfolgung von „kommunistischen Verbrechern“ durch die Schaffung eines internationalen Gerichts innerhalb der EU für die „Verbrechen des Kommunismus“, die Errichtung einer Gedenkstätte für die „Opfer des Kommunismus“ und die Verringerung der Renten und Sozialleistungen für „kommunistische Täter“ gefordert wurde. Als Vorbild dafür gilt offensichtlich die in der BRD bis heute praktizierte „Strafrente“ für „DDR-Staatsnahe“. Über Verbrechen des Faschismus aber wird von solchen Leuten der Mantel des Schweigens gebreitet.

### **Zum Umgang mit dem Erbe der DDR und des Antifaschismus**

Das Thema ist aktueller denn je und wird uns sicherlich noch lange Zeit beschäftigen. Geht es doch dabei um mehr als um das Wachhalten bloßer Erinnerungen an die Vergangenheit in Deutschland und die Frage, wie und auf welche Art und Weise in der seit dem Ende der DDR andauernden „Erinnerungsschlacht“ damit umgegangen wird. Der Umgang mit Geschichte, das Gedenken an historische Ereignisse und ihre Folgen sowie die Verschiedenartigkeit ihrer Interpretation sind bei weitem nicht mehr nur eine akademische Frage, sondern ein uns alle angehendes Politikum auf einem bedeutsamen Feld im Kampf um die „Hirne und Herzen“ der Menschen in diesem Lande und über die Landesgrenzen hinaus.

Die derzeit Herrschenden propagieren ein ihnen genehmes und nützliches Geschichtsbild und darauf aufbauende Sichtweisen auf Gegenwart und Zukunft.

Die alte BRD sowie das heutige „Deutschland“ sollen nach innen und gegenüber skeptischen Stimmen im Ausland beim Vergleich der „Erinnerungskulturen“ aufgewertet und als „bewundertes Vorbild“ für »demokratiefundierende Vergangenheitsbewältigung« glorifiziert werden.

Dem gegenüber wird daran festgehalten, dass die „DDR-Diktatur“ mit ihrem „verordneten Antifaschismus“ und einer daraus resultierenden „einseitigen staatlichen Erinnerungspflicht“ eine „unvoreingenommene Gedächtnisarbeit“ verhindert habe, zumindest aber hinderlich gewesen sei.

Und damit müsse nunmehr gründlich und nachhaltig aufgeräumt werden!

Offen bleibt dabei allerdings die Frage, warum „verordneter“ Antifaschismus und darauf fußende Strafverfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern in der DDR schlechter gewesen sein soll als die antikommunistisch ausgerichtete Erinnerungskultur im Westen mit politisch gewollter und juristisch praktizierter Verhinderung der völkerrechtlich gebotenen Verfolgung von Nazi-Verbrechen.

Die seit den neunziger Jahren praktizierte Geschichtspolitik hat - zumindest gegenüber den Ostdeutschen - scheinbar nicht so gefruchtet, wie erhofft und vorgegeben. Und darum soll nunmehr eine noch entschiedenere »Aufarbeitung« von Geschichte und Gesellschaft der DDR zu



einem vorrangigen Projekt und absolutem Schwerpunkt auf dem Gebiet historischer Forschung, Bildung und Propaganda anvisiert werden.

Aktivitäten auf diesem Gebiet werden hauptsächlich aus den Vorgaben der Stiftung „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ sowie der „Stasi-Unterlagenbehörde“, abgeleitet und von sensationslüsternen, Quoten geilen Medien in die Welt posaunt. Strategie und Taktik der „Aufarbeiter“ folgen noch immer dem am 29. September 1991 vom damaligen BRD-Justizminister Klaus Kinkel auf dem Deutschen Richtertag in Köln regierungsamtlich verkündeten Generalauftrag zur Abrechnung mit der DDR. Er sprach u.a. von einer *„ganz besonderen und alternativlosen Aufgabe“*, von der abhängig sei, *„ob der Rechtsstaat in den Augen der Bevölkerung in der Lage ist, mit dem fertig zu werden, was uns das vierzigjährige Unrechtsregime in der früheren DDR hinterlassen hat“*. Und weiter lautete der Auftrag: *„Es muss gelingen, das SED-System zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat, während es unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus einen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen genauso unmenschlich und schrecklich war wie das faschistische Deutschland, das man bekämpfte und – zu recht – nie mehr wieder erstehen lassen wollte. Es muß gelingen, auch die schreckliche STASI-Vergangenheit zu entmystifizieren, um die Menschen angstfrei zu machen“*.

Kübel von Dreck über die DDR auszuschütten, sie mit dem faschistischen Deutschland gleichzusetzen und dazu auch noch wie nebenbei die Nazi-Komplizenschaft in der BRD zu verharmlosen sowie tendenziös niederträchtig über Partei- und Staatsorgane der DDR, ihre Justiz-, Sicherheits- und Schutzorgane herzuziehen, gehört quasi zum Handwerkszeug all derer, denen ein anderes Deutschland als Alternative zu Kapitalismus, zu Krieg und Faschismus von Anfang an ein Dorn im Auge war und ist.

Die diesjährigen „Jubelfeiern“ derjenigen, die sich in Kolonialherren-Manier über die DDR hermachen oder sich als „Opfer der SED-Diktatur“ darstellen, werden sicherlich nicht mit dem zum 30. Jahrestag des „Mauerfalls“ vorbei sein. Was da an halben Wahrheiten und ganzen Lügen, Verleumdungen und Geschichtsklitterungen noch so alles auf uns zukommen wird, ist zwar zu erahnen, aber in Gänze noch gar nicht absehbar. Schließlich stehen 2020 auch 30 Jahre „Wiedervereinigung“ bevor.

Gespannt sein darf man auch darauf, was im Zusammenhang mit dem Gedenken an den 8. Mai 1945, dem 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, auf uns zukommen wird. Wird er als „Tag der Befreiung“ vom Faschismus gefeiert werden, wie das in der DDR der Fall war, oder wird dem verloren gegangenen Krieg mit Krokodilstränen nachgetrauert werden?.

Liebe Mitstreiter,

Wir alle, die in und für die DDR im Kampf für Frieden und Gerechtigkeit im „Einsatz“ waren, sind auch „Zeitzeugen der Geschichte“ - nur eben nicht solche, die dem regierungsamtlich verordneten „Zeitgeist“ huldigen! Und auch darum bedarf es weiterhin eines solidarischen Zusammenstehens in unserer Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung sowie darüber hinaus mit allen, die sich dem Diktat angemessener Deutungshoheit über unser Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nicht widerspruchslos ergeben wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Man kann Antikommunisten, Hetzern und Verleumdern, Neonazis und Neofaschisten, rechtsradikalen Terroristen etc. nicht entgegentreten, indem man ihre Forderungen unwidersprochen aufgreift oder gar das von ihnen ausgehende Gefahrenpotenzial billigend in Kauf nimmt.

Auch wenn wir vor einer schier unlösbaren Aufgabe stehen, sollten wir uns weder von der Macht der anderen noch von vermeintlich eigener Ohnmacht dumm machen lassen. Dagegenhalten ist möglich und zwingend geboten!!!

Man darf Wahrheit nicht mit Auffassungen und Deutungen verwechseln und deshalb ist es richtig und wichtig, unser Wissen um Fakten und Zusammenhänge in die Auseinandersetzung gegen Mißbrauch von Geschichte einzubringen und dagegen zu halten.

Jetzt erst recht! Den Kopf hoch und nicht die Hände!!!

Herbert Prauß, Oberst a.D.

### **Der 09. November 1989 – die Grenztruppen bewahren den Frieden!**

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, werte Anwesende.

Meine Vorredner haben mit einem Zitat begonnen. Ich tue es in der mir bekannten Form auch.

„Der größte Feind des Historikers ist der Zeitzeuge“

Gerade in diesem Jahr berichten viele Historiker, wie es an der Grenze war, wie es nach ihrer Meinung gewesen sein soll. Mit der Objektivität des Historikers ist es da nicht immer gut bestellt. Zeitzeugen kommen kaum zu Wort. Ich bin kein Historiker – aber ein Zeitzeuge, und so berichte ich heute auch!

Jeder kennt die Bilder, wo Menschen in Berlin versuchen, die Mauer und das Brandenburger Tor zu stürmen und die Öffnung der Grenzübergangsstellen nach Westberlin zu Tausenden zu erzwingen, sich in den Armen liegen und die plötzliche Realität noch nicht fassen können. Wie kam es dazu und was passierte an den 1360 km Grenze der DDR zur BRD?

Solch ein Ereignis kommt nicht von Ungefähr, man kann es nicht isoliert betrachten weil Geschichte ein Prozess ist. Das wird heute leider zu oft vergessen.

Ich freue mich deshalb, heute über meine Gedanken und persönlichen Erlebnisse berichten zu können, was 30 Jahre nach dem Ereignis gar nicht so einfach ist. Neben recht umfangreichen Dokumenten aus meinem privaten Archiv haben mir dabei frühere Veröffentlichungen, z.B. anlässlich des 25. Jahrestages der Grenzöffnung durch OSL a.D. Harald Hentschel und ganz besonders die jüngste Veröffentlichung von Generaloberst a.D. Fritz Streletz im Kompass-Sonderheft geholfen, wofür ich mich bei ihm recht herzlich bedanken möchte.

Am 09. November 89 gegen 19.00 kam ich als Kommandeur des Grenzbezirkskommandos – 4, Suhl vom Grenzabschnitt nach Sonneberg zurück und erlebte gemeinsam mit anderen Offizieren des Führungsorgans live im Fernsehen der DDR die entscheidende Passage der Pressekonferenz Günter Schabowskis. Mein erster Griff war der zum Telefon, es meldete sich der Stellvertreter des Chefs der Grenztruppen (GT) und Chef des Stabes, Generalmajor Teichmann. Er wusste nicht mehr als ich und sein Vorgesetzter und der Minister für Nationale Verteidigung (MfNV) waren nicht erreichbar. Die Parteidisziplin hielt sie auf ihrem Platz in der ZK-Sitzung der SED. Eine Situation, wie ich sie so noch nicht erlebt hatte, wie sie militärisch auch nicht üblich ist. Im Befehl Nr. 66/89 des StMCGT vom 13. Oktober 1989 heißt es dazu, „In den Führungsorganen ... ist die Führungsbereitschaftsstufe IV einzunehmen. Die ständige Erreichbarkeit der Kommandeure bzw. diensthabenden Stellvertreter ist ständig zu gewährleisten.“ Wir haben diesen Befehl erfüllt! Das war für uns nichts neues, egal ob im Urlaub oder Dienstfrei!

Damit begann die Zeit, nicht mehr nur Entschlüsse zu melden und deren Bestätigung abzuwarten sondern über das geplante Vorhaben, den Entschluss zu informieren und zu handeln. Anders gesagt, die Hierarchie war unterbrochen, vor Ort musste gehandelt werden und es wurde gehandelt. Das klingt heute alles so einfach, war es aber nicht!

Wie war die Situation zu diesem Zeitpunkt in den Grenztruppen?

Der Bestand der GT betrug damals ca. 40.000 Angehörige. Außer im Grenzkommando Mitte Berlin begann seit Frühsommer 1989 die wohl größte Reorganisation der GT seit ihrem Bestehen. Die Grenzkommandos Nord und Süd mit jeweils ca. 12.700 Angehörigen wurden aufgelöst und eine territoriale Gliederung nach Grenzkreisen und Bezirken geschaffen, die Führungsebene Grenzbataillon gestrichen, das Kommando der Grenztruppen als Führungsorgan weiterhin dem MfNV unterstellt. Damit sollte sowohl der Schutz der Staatsgrenze zur BRD gewährleistet werden als auch die Fähigkeit, mit stärkeren Reserven mögliche, örtliche Konflikte ohne Einsatz von Einheiten der NVA oder der Sowjetarmee zu bereinigen. Das alles erforderte beachtliche Veränderungen in allen Führungsebenen und geschah in einer Zeit zunehmender Spannungen in der DDR.

Trotz all dieser Probleme gab es auch am 09.11.89 noch ein stabiles Grenzregime mit Sperrzone und Schutzstreifen und konkreten Verantwortlichkeiten auch der anderen Schutz - u. Sicherheitsorgane, dem MfS,

dem MdI und der Zollverwaltung. Neben der unmittelbaren Unterstellung unter die jeweiligen Ministerien spielten die Kreis - u. Bezirkseinsatzleitungen unter Führung der jeweiligen Ersten Sekretäre der SED bis dahin eine bestimmende Rolle. Seit der Ablösung Erich Honeckers am 18.10.89 und des 1. Sekretärs der Bezirksleitung Suhl am 05.11.89 waren diese Führungsorgane nur noch bedingt einsatzbereit. Der Befehl Nr. 11/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates Egon Krenz vom 03.11.89 über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit in den Bezirken der DDR, verteilt über die Vorsitzenden der Einsatzleitungen, erreichte die GT nicht mehr. Dieser Befehl enthielt die eindeutige Weisung, Schusswaffen nur bei Angriffen auf die eigene Person einzusetzen. Im Grenzkommando Süd galt diese Weisung auf Entschluss des damaligen Kommandeurs, Oberst Hoffmann, bereits seit März 1989! Wir haben es ernst damit gemeint. Angehörige des Führungsorgans des Grenzkommandos Süd sind in Grenzkompanien gefahren und haben diesen Befehl erläutert. Ich selbst war in der Grenzkompanie Ellrich. In einer Dienstversammlung mit allen verfügbaren Angehörigen der Einheit fragte mich ein Grenzaufklärer, Dienstgrad Fähnrich „dann muss ich den Grenzverletzer also laufen lassen, wenn er schneller ist als ich?“ Ich habe ihm darauf geantwortet, ja dann müssen sie ihn laufen lassen! Voraussetzung dafür war ein tief gestaffeltes, mit den anderen Schutz - u. Sicherheitsorganen abgestimmtes System der Grenzsicherung. Ein mutiger Entschluss, der zur Kenntnis genommen wurde und nach einem Befehl des StMCGT, Generaloberst Baumgarten, seit Sommer 1989 für alle anderen Angehörigen der GT ebenso galt.

Mit Zunahme der Spannungen verstärkte sich die Aggressivität der Bevölkerung. Besonders in grenznahen Ortschaften mehrten sich Anfeindungen gegen Grenzer. In Sonneberg wurde nach einer Montags-Demo in der Stadtkirche ein Protestzug mit 5000 Menschen zum Objekt des Grenzbezirkskommandos organisiert. Erklärtes Ziel war die Besetzung respektive Erstürmung des Objektes. Mutige Angehörige des Stabes und der Stabseinheiten erklärten sich bereit, mit ihrer Person, unbewaffnet den „Demonstranten“ entgegenzutreten. Allein die Waffenkammern waren als letzte Bastion bewaffnet gesichert! Man mag sich vorstellen, wie uns allen zumute war und welche Courage die Beteiligten gezeigt haben. Ein schnellstens gesuchter Kontakt zur Kirche half, das Vorhaben zu verhindern, der Zug löste sich auf. In den Grenzabschnitten mehrten sich Versuche, entgegen den Festlegungen des Grenzgesetzes, unberechtigt in die Sperrzone und besonders in den Schutzstreifen bis zum Verlauf der Staatsgrenze vorzudringen. Interessanterweise waren da auch immer auf BRD-Seite Ansammlungen von Menschen, die einen Zusammenhang damit vermuten lassen. Auch hier wurden Freiwillige ohne Waffen eingesetzt, die dafür sorgten, dass Demonstranten bis zum vordersten Zaun am Verlauf der Grenze gelangen konnten und geordnet wieder zurückkehrten.

Vor dieser Entwicklung, 1984 und 1985, wurden an der Staatsgrenze der DDR zur BRD alle seit 1961 und nachfolgend verlegten und installierten Minen geräumt. Ein Fakt, der sich jetzt auszahlen sollte! Harald Hentschel, damals StKLPA des GKK Bad-Salzungen hat darüber bereits früher berichtet. In dieser Zeit standen die Grenzer mit dem Rücken zur Wand. Eine Unterstützung durch die anderen Schutz - u. Sicherheitsorgane war kaum noch gegeben, die örtlichen Räte und Bürgermeister suchten ihr Heil in der Flucht oder kehrten sich gegen uns. Runde Tische begannen die Macht auszuüben.

Was wäre passiert, wenn einer der damals verantwortlichen Leiter der Grenzwachen (vorher Grenzkompanien), ein Kommandeur eines Grenzkreiskommandos oder Grenzbezirkskommandos einen falschen Entschluss gefasst hätte, wenn ein Grenzposten im Dienst die Nerven verloren und geschossen hätte? Niemand weiß heute, wie dann die Situation eskaliert wäre, wie sich in dieser Situation Angehörige der westlichen Grenzschutzorgane verhalten hätten. Ganz zu schweigen davon, dass es ja auch noch die Sowjetischen Streitkräfte in der DDR und die der Nato gegenüber gab!

Wenn wir heute stolz darauf sind, dass wir in dieser Zeit den Frieden bewahrt haben, ist das zweifellos nicht übertrieben. Alle die, die heute großspurig von friedlicher Revolution sprechen, vergessen, welchen Anteil daran besonders die Grenztruppen haben. In einem jüngst vom MdR gesendeten Beitrag ( Die letzte Truppe ) sagt dazu ein Historiker „ wir müssen uns bei den GT dafür nicht entschuldigen aber wir sollten es wenigsten erwähnen.“ Eine erstaunliche Erkenntnis! Major a.D. Gerhard R. Lehmann drückt das in seinem Buch „... allzeit treu zu dienen“ so aus: „*Mag sich der Rechtsstaat BRD heute anmaßen, meine Kameraden wegen ihres hoheitlichen Handelns in einer schweren Zeit juristisch wie Verbrecher zu behandeln – wir haben keinen Grund, uns zu schämen. Solange die Armee existierte in der zu dienen mich mein freiwillig geleisteter*

*Fahneid verpflichtete, wurde der Inhalt aller Nachkriegsschwüre verwirklicht: Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen!“*

Mit dem 09.11.89 änderte sich alles. Hätte der Genosse Schabowski nicht gesagt, das gilt sofort, sondern, wie geplant, ab dem 10.11.89 04.00, wäre die Entwicklung wohl kaum anders verlaufen. Auch in diesem Fall waren das MfNV und die GT in die Vorbereitung nicht einbezogen. Was sich dann zunächst besonders an der Sperrmauer und den Grenzübergangsstellen (GÜSt) in Berlin entlud und höchsten Respekt für den Mut der dort handelnden Angehörigen der Grenztruppen und der Passkontrollkräfte des MfS gebietet, setzte sich mit ein paar Stunden Verspätung auch an den GÜSten an der Grenze zur BRD fort. Die auch für mich heute noch unerklärlichen Ereignisse um den 09.11.89 sind natürlich Anlass für zahlreiche Spekulationen, an denen ich mich nicht beteiligen möchte. Tatsache ist aber, dass wir im wahrsten Sinne des Wortes ins Feuer geworfen wurden und die Probe bestanden haben!

Am 12.11.89 08.00 wurden dann die ersten zwei neuen GÜSten des Bezirkes Suhl in Vacha bei Bad Salzungen und in Hönbach bei Sonneberg eröffnet. Die Pioniere der Grenztruppen schufen dafür über Nacht in selbstlosem Einsatz die Voraussetzungen. Auch wenn wie anfangs erwähnt, die Minen bereits bis 1985 vollständig geräumt wurden, bestanden natürlich jedes Mal Restrisiken an den nun geschaffenen Gassen über den Grenzverlauf besonders für Fußgänger. Neben dieser verantwortungsvollen Tätigkeit der Grenzpioniere begannen jetzt Sonderschichten der Grenzer und der Angehörigen der Passkontroll-Einheiten des MfS (später Amt für nationale Sicherheit). Allein die neue Grenzübergangsstelle in Hönbach bei Sonneberg passierten bis Ende November 1989 430.342 Personen. Am 17.01.90 übernahmen die Grenztruppen dann die alleinige Verantwortung an den Grenzübergangsstellen.

Wie oft wurde seit dem behauptet, dass die politische Führung der DDR auf Demonstranten schießen lassen wollte, dass in Kliniken Blutkonserven bereitgestellt würden, Regimenter in Gefechtsbereitschaft versetzt wurden! Tolle Legenden, nur eines fehlt dazu – ein Schuss, ein Verletzter, ein Toter! Manchmal habe ich fast das Gefühl, als müssten wir uns dafür entschuldigen. Wie einfach wäre es für die Propaganda, wenn wir nicht so besonnen gehandelt hätten. Wir, das waren damals bei den GT unmittelbar vor Ort besonders Wehrpflichtige Bürger der DDR, die, wie man heute immer hört, ja einen Schießbefehl gehabt hätten!

Am 12.11.89 wurde ohne Vorinformation die Sperrzone und die für sie geltenden Bestimmungen durch den Ministerrat der DDR aufgehoben. Die Mitverantwortung der Deutschen Volkspolizei für die Sicherung der Staatsgrenze war damit beendet. Am 21.12. 89 erreichte uns per Fernschreiben der Befehl des MfNV über vorzeitige Entlassungen, Einsatz in der Volkswirtschaft und Aussetzung der Zuführung von Wehrpflichtigen. Eine Grenzsicherung laut Grenzgesetz war damit nicht mehr möglich. Am 21.01.90 gingen die GT folgerichtig zur Grenzüberwachung über. Allmählich schwanden auch den Verantwortlichen die Illusionen betr. ihrer Zukunft. Wer eine Beschäftigung fand, konnte gehen. Die Entlassung erfolgte per Handschlag! Das Ende für die Grenztruppen kam am 01.07.90 mit der Einstellung der Grenzkontrollen an der Grenze der DDR zur BRD. Eine feierliche Zeremonie in Hönbach bei Sonneberg, zu der Angehörige der Grenztruppen nicht geladen waren! Ausnahme – das Stabsmusikkorps der GT aus Erfurt, die waren wohl unverzichtbar.

Ein neuer Eid, eine neue Kokarde und der Glaube an eine Wiedervereinigung auf Augenhöhe waren für manchen noch bestimmend bis zum Anschluss an die BRD am 03.10.90. Wer dann noch nicht entlassen war, fand sich als Zivilist in einem besonderen Dienstverhältnis wieder und mußte seine Waffe als bisher ständiger Waffenträger abgeben. Etwa am 07.10.1990 erhielt ich von meinem damaligen Vorgesetzten, Oberst Ocken (vorher Kommandeur der PGBr. „Herzogtum Lauenburg“ der Bundeswehr) sozusagen zur Bestätigung für Generalleutnant Schönboom im Bundeswehrkommando Ost die Kontrollfrage, dass die Waffen der GT ja vollständig abgeliefert wären? Dem war aber nicht so! Zu diesem Zeitpunkt befanden sich tausende Schützenwaffen, Pistolen, Panzerbüchsen, Maschinengewehre, Granaten für rückstoßfreie Geschütze der Panzerabwehr und für automatische Granatwerfer, Infanterie und Panzerminen sowie Sprengmittel wohlbehütet in unseren Beständen. In einer mehrere Tage und Nächte dauernden Aktion wurden sie schleunigst in zentrale Lager, z.B. nach Rothenstein bei Kahla verbracht. Und nichts hat gefehlt!!! .

Die Waffen und die Munition spielen nun auf vielen neuen Kriegsschauplätzen gegen „gutes“ Geld eine wichtige Rolle. Das hätte damals niemand von uns geglaubt. Aber damit sind wir wieder in der Gegenwart, die nicht Gegenstand meines Beitrags ist. Zum 31.03.1991 habe ich mein Dienstverhältnis gekündigt. Heute nutze

ich die Möglichkeit, Erinnerungen an diese sehr spannende, auch gefährliche Zeit aus eigenem Erleben darzustellen und das Andenken der daran Beteiligten zu ehren.

Harald Hentschel, Oberstleutnant a.D.

Liebe Kampfgefährten, Freunde und Gleichgesinnte,  
einen herzlichen Kampfesgruß aus der Rhön von der Kameradschaft „Florian Geyer“,  
Grenzregiment 3 Dermbach, hinter den sieben Bergen bei den sieben Zwergen.  
Wir sind hier heute mit sieben Teilnehmern vertreten.

Vom 14.06. bis 18.06. war ich mit meinem Freund Gerit Kaiser in Stalingrad/Wolgograd.  
Diese Reise, organisiert über das Reisebüro Dr. Herrmann, Reiseleiter Gisbert Graff,  
war ein emotional bewegendes und außerordentlich interessantes Erlebnis.  
Überrascht war ich von der Zusammensetzung der Reisegruppe – alles Gleichgesinnte,  
und Florian Geyer war mit drei Teilnehmern dabei. Auch der Vorsitzende des Verbandes zur  
Pflege der Tradition NVA/Grenztruppen der DDR, Friedemann Munkelt mit seiner Frau  
waren zugegen.

Der Mamajew-Hügel mit der beeindruckenden und überragenden Statue der Mutter Heimat  
sowie das Panorama-Museum haben mich sehr nachdenklich gestimmt. Das wurde noch  
verstärkt am Ewigen Feuer im Saal des Soldaten-Ruhmes zu Ehren der Helden der  
Stalingrader Schlacht.

Welch unsägliches Leid haben Deutsche über die Bevölkerung der Sowjetunion und im  
besonderen über die Bewohner Stalingrads gebracht?! Überall wurden wir trotz dieser Tatsache  
sehr herzlich und freundlich begrüßt – das Resultat der jahrzehntelangen Freundschaft zwischen  
der DDR und der Sowjetunion. Im Haus der Pioniere (früher Pionierpalast) erlebten wir ein  
außergewöhnlich beeindruckendes Kulturprogramm von Kindern und Jugendlichen, was uns  
alle nur erstaunen ließ. Zig Arbeitsgemeinschaften erfüllen dieses Haus tagtäglich mit Leben  
und begeistern die Menschen in Stalingrad und ganz Russland sowie auch im Ausland – größte  
Hochachtung.

Für mich besonders bewegend, die Begegnung mit Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges.  
Ich hatte die Fahne, die dem Grenzregiment 3 von sowjetischen Militärberatern aus der  
8. Stalingrader Gardearmee, Standort Nohra, überreicht wurde, dabei.

Da hatten auch die alten Kämpfer Tränen in den Augen, als sie erfuhren, welchen Weg diese Fahne  
von Stalingrad nach Nohra, weiter nach Dermbach und nun nochmal nach Stalingrad genommen  
hatte. Autogramme auf der Fahne und herzliche Umarmungen von Waffenbrüdern begeisterten  
auch das anwesende Fernseh-Team und alle Fotografen. *Hier ist diese Fahne – gemeinsam mit  
Gerit wurde sie hochgehalten.*

Abends besuchten wir ein Kosaken-Theater – zig Zugaben und viel Schweiß – sie haben alles  
gegeben. Ich fühlte mich beim Treffen mit unseren sowjetischen Waffenbrüden 1987 in  
Meiningen. Ich war das erste Mal in Russland, zu DDR-Zeiten habe ich das nicht geschafft, die  
Sowjetunion zu besuchen, der Dienst ging vor. Über 300 mal habe ich das Thema „Die Sowjetunion –  
der Pionier des Menschheitsfortschritts“ geschult. Jetzt könnte ich das garantiert noch besser,  
weil die Sowjetunion und die Sowjetarmee militärischer und moralischer Sieger über den  
Faschismus waren – das ist in Wolgograd allgegenwärtig.

In der ganzen Stadt wird die Ehre der heldenhaften Verteidiger und Sieger über die deutsche  
Wehrmacht sichtbar gepflegt und geachtet. Auch den Besiegten und Zerstörern wurde in Gestalt  
des Soldatenfriedhofes Rossoschka ein Andenken gesetzt. Täglich werden bei Ausgrabungen  
weitere Zeugnisse des Krieges gefunden, wie die „Erkennungsmarken“ deutscher Soldaten.  
So auch die meines Onkels, den ich nie kennengelernt habe, geboren am 16.07.1923, gefallen  
am 27.09.1942, „gefunden“ im Jahre 2018. Bis dahin galt er als vermisst.

Angesichts der Erlebnisse bis dahin mutet es grotesk an, wie sich Paulus bei seiner Festnahme  
durch einen sowjetischen Oberleutnant verhalten hat. Hochnäsig und großdeutsch fühlte er sich  
wohl immer noch als Herrenmensch und forderte als einzig akzeptablen Gesprächspartner einen  
sowjetischen General. Tausende Menschen wären gerettet worden, wenn er nicht tagelang seine

erwartete Beförderung zum General-Feldmarschall über das Leben seiner Unterstellten gestellt hätte.

Ein Besuch in Serepta – einer ehemaligen und bis heute sehr gepflegten kleinen deutschen Siedlung in Stalingrad – zeugte davon, dass Russen und Deutsche sich über einen langen Zeitraum gut verstanden und sich achteten und schätzten.

Eine Schiffs-Fahrt auf der Wolga mit einem ausgezeichneten Buffett beschloss vier erlebnisreiche, beeindruckende und auch anstrengende Tage. Für mich bleiben sie unvergessen, auch deshalb, weil die Dolmetscherin und Reiseleiterin sehr sympathisch und ansehnlich waren. Beide tragen nun das Besten-Abzeichen der Grenztruppen der DDR an ihren Blusen.

Unvergesslich auch deshalb, weil Politiker der NATO, und Deutschland an vorderer Stelle, scheinbar nichts aus der Geschichte lernen. Statt die Friedenserhaltung, Abrüstung und Freundschaft, besonders mit Russland an die Spitze ihres Wirkens zu stellen, machen sie das Gegenteil.

Sollen sie solch eine Reise machen, ich bin überzeugt, Putin würde das sehr begrüßen. Vielleicht dämmert es dann bei ihnen. Nein, stattdessen wurden am 28.06.2019 in Bad Salzungen 500 Bundeswehrangehörige zu einem halbjährigen Einsatz ins Baltikum, an die Grenze Russlands geschickt. Ihre Aufgabe – Verteidigung der Ostflanke der NATO. Ein Hohn für jeden vernünftig Denkenden in Deutschland, ein nicht zu begreifender Affront gegen Russland.

Gut, dass es die GRH, den Verband zur Pflege der Traditionen ... und viele organisierte und nicht organisierte Gegner dieser Wahnsinnspolitik gibt.

Es besteht die Hoffnung, dass es mit vereinten Anstrengungen möglich ist, dabei spielen Russland und China zunehmend eine wichtige Rolle, die Kriegstreiber zu stoppen und **das höchste Gut für die Existenz der Menschheit – den Frieden** – zu erhalten.

Erinnert sei an Stalin, „wenn Deutschland und die Sowjetunion mit der gleichen Vehemenz für den Frieden kämpfen, wie sie gegeneinander Krieg geführt haben, dann ist der Frieden gesichert“.

Herzlichen Dank an die gesamte, sehr angenehme Reisegruppe.



Günter Ganßauge, Oberstleutnant a.D.

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste,

einige Bemerkungen zur gegenwärtigen Situation sowie unseren Aktivitäten und Möglichkeiten.

Die Anti-DDR-Welle rollt: Kaum eine Sendung oder kein Beitrag ohne Anti-DDR-Propaganda.

Unsere Möglichkeiten sind begrenzt. Wo sie sich bieten, müssen wir sie nutzen. Wir sind Zeitzeugen und müssen den Zeitgeistzeugen gegenüberreten.

Ein Beispiel: Ich wurde gebeten, an der Sendung „Geheimnisvolle Orte – Brandenburger Tor -mitzuwirken.

Im Vorgespräch kam zum Ausdruck, dass die Sendung evtl. am 9.11. erfolgen sollte. Unter anderem spielte die Frage, dass unter der Quadriga eine riesige Spionageanlage vom Ministerien für Staatssicherheit gewesen sei, eine große Rolle. Ich musste die Produzenten enttäuschen. Die Deutungen eines späteren Hausmeisters bezogen sich auf die Leitungen der Stromzufuhr und Fernbedienung der Fernsehkameras, die zur ergänzenden Information der ,Gäste installiert waren. Auch weitere Behauptungen waren ohne Schwierigkeiten zu widerlegen. Wir gingen auseinander mit der Festlegung, der Produzent würde sich wieder melden. Es verging ein Monat, dann die Bitte um das Interview. Es verlief sachlich, was mit der Sendung wenig zu tun hat Aber wenn wir nicht reden, redet nur noch die andere Seite, die Zeitgeistzeugen.

Meine Frage, wann wird gesendet, kam die Antwort: Nicht vor 2020.

Das war eines von vier Interviews, die ich gegeben habe.

Ich weiß, von Stunden Konzentration bleiben oft nur Minuten. Dass es trotzdem Sinn macht, zeigt ein aktuelles Beispiel.

Am 02. Oktober bekam ich einen Anruf aus Paris, ob ich bereit wäre, an einer Veranstaltung am 09.11.2019 in Paris teilzunehmen und kurz zu sprechen. Ich bat, die Einladung schriftlich zu schicken, Am Abend lag sie vor. Auf meine Frage, wie sie gerade auf mich gekommen seien, war die Antwort: Ihre Mitwirkung im Film „Geheimsache Mauer“. Sie wollten einen wirklichen Zeitzeugen.

Die Einladung des Bürgermeisters des 15- Bezirkes von Paris (dort steht ein Mauersegment) sah vor Statment des Botschafters der BRD und anschließend ein Gespräch Deutsche in Ost und West.

Diese Möglichkeit reizte mich. Kurze Zeit später besuchte mich die Verantwortliche für die Vorbereitung der Veranstaltung. Wir einigten uns auf eine zusätzliche Diskussionsveranstaltung am Abend des 09.11 und darauf, dass ich einen Begleiter mitbringen würde. Der Genosse Harald Hentschel hat meinem Wunsch sofort zugestimmt.

Ausgangspunkt war ein Interview: „Kämpfen lohnt sich!“ Ich werde auch in Paris in Eurem Sinne auftreten.

Anmerkung: Paris hat stattgefunden und war ein Erfolg. Die offizielle Veranstaltung war wie jedes Jahr für 80 Personen vorgesehen. Anwesend waren 160. Harald Hentschel hat sich hervorragend geschlagen. Er hat meine Ausführungen durch seine praktischen Erfahrungen ergänzt.

In der Abendveranstaltung (80 Personen) hatten wir mehr Zeit, unseren Standpunkt darzulegen. Beide Veranstaltungen kamen gut an. Aus der E-Mail des Bürgermeisters vom 13.11.2019: „ich Philippe Gougon und das Rathaus des 15. Bezirkes danken für Ihr Kommen und das Zeugnis. Das Publikum gab auch ein sehr gutes ,Feedback über die Qualität Ihrer Rede. Vielen, vielen Dank“.

Schlusswort Hans Bauer

Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen,

Unser Grenzertreffen war dem 70. Jahrestag der DDR-Gründung gewidmet. Mit dem Jahr 1949 verbunden waren mehrere Jahrestage, deren wir ebenfalls gedachten - 1939 und 1989. Sie gaben alle keinen Grund zum Feiern. Aber zum Erinnern und zum Nachdenken. Und vor allem, welche Verpflichtungen und Aufgaben sich für uns heute ergeben.

Anschaulich berichteten Zeitzeugen vom Friedenswillen und der Friedenspolitik sowie vom Antifaschismus der DDR. Auch von der Notwendigkeit, darüber öffentlich zu berichten und aufzuklären. Aufzuklären über die historische Wahrheit vom Entstehen und der Verantwortung beider deutscher Staaten und der heutigen gefährlichen Politik des staatlich vereinten Deutschlands.

Mein Dank gilt allen Rednern. Besonders danken möchte ich aber Genossen Günter Gansauge, der im In- und Ausland die Notwendigkeit der Sicherung unserer Staatsgrenzen am 13. August 1961 überzeugend erläutert und vertritt.

Danken möchte ich unseren tschechischen und polnischen Genossen. In ihrem Kampf gegen neue Erscheinungen des Antikommunismus in ihren Ländern genießen sie unsere volle Solidarität.

Mein Dank gebührt Euch allen, allen Grenzern und Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane, die über viele Jahre zur Friedenserhaltung beigetragen haben. Und dies auch in der bewegenden Zeit um 1989/90.

Unser Grenzertreffen, verehrte Anwesende, ist beendet. Ich wünsche Euch und Euern Familien stabile Gesundheit, Kraft und Optimismus.

Wir sehen uns wieder im nächsten Jahr im Oktober.

# Impressum

Herausgeber:

Vorstand der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH ) e.V.,  
Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV).

Vorsitzender: Rechtsanwalt Hans Bauer; Geschäftsführer: Dieter Stiebert

Geschäftsstelle des Vorstandes: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel./ Fax : 030/2978 4225

Internet: [www.grh-ev.org](http://www.grh-ev.org)

E-Mail: [verein@grh-ev.org](mailto:verein@grh-ev.org)

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag & Donnerstag, jeweils 9.00 bis 14.00 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die „Informationen“ dienen der Unterrichtung der Mitglieder und Sympathisanten der GRH e.V. und dürfen bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Spenden zur materiellen Unterstützung von Opfern der politischen Strafjustiz und zur Finanzierung weiterer humanitärer Tätigkeit der GRH e.V. werden erbeten auf das

**Konto der GRH bei der Berliner Volksbank, IBAN DE53 1009 0000 5788 9000 09,  
BIC BEVODEBB**